

# Rückblick auf das Ringseminar *ZHAWARE* und zugleich ein Plädoyer für eine institutionelle Wende der ethischen Verantwortung

Katharina Sommer, Christian Wassmer und Elena Wilhelm | Juni 2023

## Einleitung

Die Hochschulleitung der ZHAW hat im letzten Jahr entschieden, dem Thema Ethik künftig mehr Aufmerksamkeit zu schenken. Mitunter auch angestossen durch einen entsprechenden Antrag von Studierenden. Als *ein* Element unter vielen zur Stärkung des Themas haben wir eine Veranstaltungsreihe unter dem Titel *ZHAWARE* durchgeführt. Ausgangspunkt für die Wahl der einzelnen Themen war eine [Umfrage](#) bei allen Studierenden und Mitarbeitenden. Es gab knapp 12'000 Stimmabgaben und es wurden 78 Ideen eingereicht und bewertet, aus denen wir fünf Themen für einen ersten Veranstaltungszyklus ausgewählt haben ([Ergebnisse der Auswertung](#)). Es ging in den fünf Veranstaltungen um «kritisches Denken», um «ethische Verantwortung in der Forschung», um «Wokeness und Wissenschaftsfreiheit», um «extreme Gesinnungen und die Grenzen der Freiheit» sowie um die Frage, ob ethisches Handeln eigentlich eine individuelle oder institutionelle Verantwortung ist. Insgesamt haben sechzehn Referent:innen aus dem In- und Ausland ihre Ideen mit uns geteilt und mit uns diskutiert ([zu den Referaten](#)). Wir lassen die fünf Veranstaltungen Revue passieren (Kapitel 1-5) und plädieren abschliessend für eine institutionelle Wende der ethischen Verantwortung (Kapitel 6).

## 1. Kritisches Denken – Analyse und Perspektivenwechsel

Begonnen haben wir mit dem Thema «kritisches Denken». Hochschulangehörige sollten lernen zu analysieren, einzuordnen und zu hinterfragen – kurz gesagt, kritisch zu denken. Doch eine [OECD-Studie](#) aus dem Jahr 2022 mit dem Titel «Does Higher Education Teach Students to Think Critically?» kommt zum Schluss, dass Hochschulbildung nur begrenzt dazu befähigt, kritisches Denken zu entwickeln (vgl. Van Damme & Zahner 2022). Dieses Erkenntnis ist ein Weckruf, der uns zum Nachdenken anregen muss – auch wenn die Studie mit einigen Problemen behaftet ist, auf die wir an dieser Stelle nicht näher eingehen können.

Was genau aber verstehen wir unter kritischem Denken? In der Philosophie wird kritisches Denken als die Fähigkeit definiert, Argumente zu analysieren, zu bewerten und zu reflektieren. [Dirk Jahn](#) hat in seinem Vortrag vier Ebenen unterschieden: Die analytische, die perspektivische, die ethische und die konstruktive Ebene kritischen Denkens. Sein Raster bietet ein ausgezeichnetes Arbeitsinstrument beispielsweise auch für die Anwendung in der Lehre. Auf der analytischen Ebene werden Wahrheitsansprüche von Aussagen geprüft. Auf der perspektivischen Ebene werden verschiedene Blickweisen auf einen Sachverhalt reflektiert. Die ethische Dimension des kritischen Denkens betrifft die rationale Analyse des Handelns unter moralischen Gesichtspunkten. Auf der konstruktiven Ebene schliesslich geht es darum, eine gelasseneren, mündigere und tolerantere Haltung in kritischer Distanz sowie alternative Denk- und Handlungsweisen zur Lösung von Problemen zu entwickeln.

Wie der Wirtschaftsnobelpreisträger Daniel Kahnemann in seinem Buch «Noise» (Kahneman, Sibony & Sunstein 2021) ausführt, beeinflussen zufällige Faktoren unsere Entscheidungen und Urteilsfindung oft negativ und Störgrössen verzerren unsere Entscheidungen. Dessen müssen wir uns stets bewusst sein. Wenn verschiedene Leute verschiedene Fehler bei der gleichen Sache machen, nennt er das «Noise» - also eine Art Rauschen. Wenn eine Person einen Fehler immer wieder macht, oder wenn viele Personen den gleichen Fehler bei der gleichen Sache machen, dann ist das ein «Bias», also eine systematische Verzerrung. «Bias» sind Vorurteile, unbewusste persönliche Prägungen. Für «Noise» sorgen vor allem unser Geschmack und unsere Persönlichkeit, aber auch das Wetter oder der zeitliche Abstand zur letzten Mahlzeit – letztlich also unsere Stimmungslage. Überall, wo Entscheide und Urteile getroffen werden, gibt es Bias und Noise, und zwar mehr, als wir dies für möglich halten.

Zentrales Element kritischen Denkens ist die Fähigkeit zum Perspektivenwechsel. Das haben auch die drei anderen Referent:innen betont. Das Gruppendenken, das auch fundamentalistische und extreme Gruppen auszeichnet, verhindert diesen Perspektivenwechsel sowie die Akzeptanz pluraler Sichtweisen. Gruppendenken, so unsere Referentin [Stephanie Borgert](#), sei gar der Tod des kritischen Denkens. Wir sind in Gruppen immer konfrontiert mit Anpassungs- und Konformitätsdruck, der Vermeidung negativer Erlebnisse, der Unter- oder Überschätzung der eigenen Expertise, Desinteresse und vielem mehr. Die «Weisheit der Menge» kommt nur zum Tragen, wenn alle Gruppenmitglieder vollkommen unabhängig sind. Ansonsten führt der soziale Einfluss zu einem Herdenverhalten. Die Weisheit der Gruppe ist eher die Ausnahme.

Wir haben ausserdem gehört, dass kritisches Denken eigentlich ein problematischer Begriff ist. Denn auch Verschwörungstheoretiker:innen oder extreme Gruppierungen würden von sich behaupten, kritisch zu Denken. Kritisches Denken ist nicht zu verwechseln mit Skeptizismus, aber auch nicht mit Gesellschafts- oder Sozialkritik. [Marko Kovic](#) bevorzugt daher den Begriff der «Applied Rationality».

Diese angewandte Rationalität, die Verbesserung der Urteilsfähigkeit bzw. die Bewertung der Plausibilität einer Information muss in unseren Studiengängen gestärkt werden. Es geht dabei nicht um massgeschneiderte und griffbereite Lösungen, sondern darum, flexibles und systematisches Denken zu lernen, sich der historischen Kontingenzen der Gegenwart bewusst zu sein, nicht gelähmt zu sein, wenn man auf etwas Unerwartetes stösst, wie [Norman Sieroka](#) für uns ausgeführt hat.

## **2. Ethische Verantwortung in der Forschung. Falsche Anreizsysteme, Dual-Use-Problematik und Auftragsforschung**

In der zweiten Veranstaltung haben wir uns mit dem Thema ethische Verantwortung in der Forschung befasst. [Ed Constable](#) hat dargelegt, wie Anreizsysteme im Wissenschaftssystem und an Hochschulen – auch an unserer Hochschule – dazu führen können, dass Forschende sich ethisch nicht korrekt verhalten, dass sie im Forschungsprozess «Abkürzungen» nehmen, Daten anpassen oder redigieren, um die Hypothesen zu erfüllen, dass sie allenfalls Greenwashing und Ethik-Dumping betreiben. Wir stehen unter dem Druck der Hochschule und von Kolleg:innen zur Veröffentlichung, dem Druck, Innovationen zu monetarisieren, dem Druck aus der Politik in Bezug auf ein gutes Preis-Leistungs-Verhältnis, dem Druck der Öffentlichkeit in Bezug auf gesellschaftliche Relevanz der Forschung und vieles mehr. Nicht nur Hochschulen und Forschungsinstitute, ganze Forschungsplätze und Länder sind dieser Dynamik ausgesetzt. Ethisches Handeln in der Forschung ist deshalb eine Mehrebenenaufgabe. Auf nationaler Ebene könnte ein beratender Ausschuss oder ein nationales Kompetenzteam die Forschenden, Institute und Hochschulen dabei unterstützen, die ethische Perspektive fest in die Forschung zu integrieren.

Auch [Thorsten Busch](#) macht in seinem Vortrag auf «problematische Anreizsysteme» an den Hochschulen aufmerksam. Besonders an Fachhochschulen mit einem beträchtlichen Anteil an Auftragsforschung und Forschung in Kooperation mit externen Partner:innen sei es zentral, eine Kultur der kritischen Selbstreflexion zu etablieren. Dazu müssten die strukturellen Voraussetzungen geschaffen werden und entsprechend müsste auf der Governance-Ebene die

Frage der wissenschaftlichen Integrität fest verankert sein. Zusätzlich sollten aber auch die Anreizsysteme so gestaltet werden, dass ethische Selbstreflexion möglich sei und sich sogar lohne. Wenn Auftragsforschung eine Notwendigkeit dafür sei, überhaupt forschen zu können, und zusätzlich für die Forschung wenig Zeit eingeräumt würde, dann würde das Anreizsystem die Verankerung kritischer Selbstreflexion im Forschungsprozess eher verhindern als unterstützen.

Die Dual-Use-Problematik wiederum stellt uns vor die Frage, wie wir mit Forschungsergebnissen umgehen sollen, die potenziell sowohl nützlich als auch schädlich sein können. Dieses Verhältnis von Nutzen und Risiko erfordert eine ethische Abwägung bei jedem Forschungsprojekt. Das ist nicht einfach, denn die freie Forschung ist auf jeden Fall zu schützen. Es ist essentiell für den wissenschaftlichen Fortschritt, dass eigene wissenschaftliche Fragen aufgeworfen und eigenständig angegangen werden können. Gleichzeitig müssen die Forschungsrisiken stets abgeschätzt werden. Forschungsrisiken sind z.B. unbeabsichtigte schädliche Folgen oder ein möglicher Missbrauch von Forschungsergebnissen und -methoden durch Dritte, um Menschenwürde, Leben, Gesundheit, Freiheit, Umwelt oder ein friedliches Zusammenleben bewusst zu schädigen. Solche sicherheitsrelevanten Forschungsrisiken bestehen eigentlich in allen Wissenschaftsbereichen: In der Nuklearforschung, die zu Massenvernichtungswaffen geführt hat, der Pathogenforschung, die Biowaffen für terroristische Attentate und Kriege ermöglicht hat, der Forschung zur künstlichen Intelligenz, die Instrumente der Massenüberwachung und Repression ermöglicht, der sozialwissenschaftlichen Verhaltensforschung, deren Erkenntnisse für die Rekrutierung und Radikalisierung von Terroristen genutzt werden können, der Roboterforschung, auf deren Grundlage Kriegsdrohnen entwickelt werden usw.

Das hat uns [Anita Krätzner-Ebert](#) eindrücklich vor Augen geführt. Es geht also immer auch um die Frage, ob die Erfolgchancen die Risiken rechtfertigen. Insbesondere an Fachhochschulen, wo Auftragsforschung und Kooperationen mit Unternehmen eine zentrale Rolle spielen, müssen wir uns intensiv mit diesen Fragen auseinandersetzen. In Deutschland existieren entsprechende [Empfehlungen](#) (herausgegeben vom gemeinsamen Ausschuss zum Umgang mit sicherheitsrelevanter Forschung der DFG und der Leopoldina) zur ethischen Bewertung sicherheitsrelevanter Forschung. Für die ZHAW stellt sich die Frage, ob sich der Ethikausschuss nicht auch mit solch zentralen Fragen befassen müsste. Im Moment prüft er lediglich, ob in einer Studie der Schutz der Versuchsteilnehmenden in einem angemessenen Verhältnis zum Nutzen und potenziellen Schaden steht.

[Christoph Heitz](#) forscht zu «Algorithmic Fairness». In seinem Vortrag betont er, dass in jeder Forschung notwendigerweise eine ethische Dimension inhärent sei, die allerdings eben leider nicht immer berücksichtigt wird, wie wir alle wissen. Technologien und Innovationen werden *für* die Menschen entwickelt. Die Fragen danach, wie Technologien die Menschen und die Gesellschaft verändern können, welche möglicherweise auch ungewollten Konsequenzen technologische Innovationen nach sich ziehen können und wie sie im Verhältnis zu unseren Werten stehen, sollten also immer einen zentralen Stellenwert haben. Forschung ist darum angewiesen auf einen kontinuierlichen und engen Dialog mit der Zivilgesellschaft. Christoph Heitz illustriert diese Haltung an seinem eigenen Forschungsprogramm zur Entwicklung fairer Algorithmen. Mit seiner Forschungsgruppe stellt er vor dem Hintergrund des öffentlichen Diskurses um das Diskriminierungspotential von Algorithmen die Frage, wie Algorithmen ausgestaltet werden müssen, um bei der Entwicklung von Technologien gerade nicht in die Falle eines «Unconscious Bias» zu tappen. Er stellt so sehr bewusst die Frage nach der Wertorientierung ins Zentrum der Innovationsentwicklung – um im besten Falle auch gesellschaftliche Werte wie etwa Inklusion zu unterstützen.

### **3. Wokeness und Wissenschaftsfreiheit: Widerspruch oder notwendige Korrektur von blinden Flecken?**

In der wohl kontroversesten Veranstaltung wurde zum Thema «Wokeness und Wissenschaftsfreiheit» referiert und diskutiert. Es kam im Verlaufe der Veranstaltung zu jener Konfrontation, die wir eigentlich vermeiden wollten, die aber dieser Diskussion inhärent ist. Was ist noch sag- bzw. fragbar? Wo liegt die Grenze zur illegitimen Frage? Und wie reagiert man darauf? Dabei ging es nicht um das N- oder Z-Wort. Es ging um die Frage nach der ethnischen Herkunft.

[Richard Traunmüller](#) geht empirisch der Frage nach, ob die Wissenschaftsfreiheit durch Cancel Culture bedroht ist und sieht diese Bedrohung tatsächlich. Cancel Culture versteht er als ein Set von Normen und Praktiken, die ihren Ursprung im Hochschulkontext haben und eine offene Debatte zugunsten einer politischen oder moralischen Konformität einschränken. Cancel Culture erkennen wir gemäss Traunmüller anhand einer «hohen Ungleichheitssensibilität und Intoleranz», anhand von «Deplatforming» sowie anhand von «Selbstzensur». Ein Beispiel für Ungleichheitssensibilität ist die Zustimmung zur Aussage, dass Hochschulen verpflichtet sind, ihre Studierenden vor Äusserungen und Ideen zu schützen, die als beleidigend oder verstörend empfunden werden könnten. Ein Beispiel für

Deplatforming ist die Zustimmung, dass kontroverse Gastredner:innen wieder eingeladen werden sollten, wenn einige Studierende es fordern oder aber, dass es eine legitime Form des Protests ist, kontroverse Gastredner:innen zu stören oder am Reden zu hindern. Selbstzensur ist z.B., dass ich es lieber vermeide, bei kontroversen Diskussionen in Seminaren meiner Hochschule meine ehrliche Meinung zu sagen aus Angst vor negativen Reaktionen.

Die «Campus-Cancel-Culture-Hypothese» behauptet, dass neue Normen der Intoleranz und die Praxis des Deplatforming zu einem kulturellen Klima des Konformismus und der Selbstzensur auf dem Universitätscampus beitragen. Traunmüller überprüft diese These anhand von Umfragedaten bei rund 20.000 Student:innen aus 55 Hochschulen in den USA (Traunmüller 2023). Seiner Hypothese gegenüber stehen zwei Hypothesen: die «Ideologische Dominanzhypothese», welche besagt, dass Universitäten politisch unausgewogene Umgebungen sind, die Mitglieder der politischen Minderheit dazu bringen, ihre Meinung zu unterdrücken, sowie die «Hypothese der Befähigung von Minderheiten», die davon ausgeht, dass das, was andere als Kultur der Abschaffung bezeichnen, ein geeignetes Mittel ist, um soziale Ungerechtigkeit zu überwinden und den Stimmen von Randgruppen Gehör zu verschaffen. Seine Studie bestätigt in weiten Teilen die Cancel-Culture-Hypothese. Zusammenfassend lässt sich sagen, dass Traunmüller wenig Unterstützung für die Vorstellung findet, dass die Cancel Culture marginalisierte Student:innen-Gruppen wie Frauen, ethnisch-rassistische Minderheiten oder Personen mit sexuellen Minderheitenorientierungen stärkt. Eine gemäss Traunmüller offensichtlich weit verbreitete Cancel Culture im Universitätskontext steht in signifikantem und robustem Zusammenhang mit einem erhöhten Maß an Selbstzensur unter Student:innen.

Für [Jiré Emine Gözen](#) ist die Tatsache, dass und in welcher Form gerade jetzt bei einigen die Frage danach aufkommt, ob die Wissenschaftsfreiheit in Gefahr sei, eine Reaktion darauf, dass etablierte Positionen und Verfahrensweisen und damit auch Deutungshoheiten kritisch reflektiert und auf den Prüfstand gestellt werden und tatsächlich eine Neuausrichtung anstehe. Der Terminus Wissenschaftsfreiheit sei kein ontologischer, sondern ein politischer Begriff und seine Bedeutung sei das Resultat eines ständigen Aushandlungsprozesses. Kategorien des Denkens, des Beweisens, der Erfahrung und des Schaffens von Wahrheit seien abhängig vom Kontext, in dem sie entstehen.

Daher sei die Frage danach, ob die Wissenschaftsfreiheit in Gefahr ist, falsch gestellt. Der Begriff der Wissenschaftsfreiheit werde politisch instrumentalisiert, indem er im Sinne der

eigenen etablierten Interessen und Deutungshoheit ausgelegt wird. Dabei wird die eigene Position in Bezug auf Wissenschaft und Wissenschaftsfreiheit als neutral und unmarkiert dargestellt.

Gözen versteht Wissenschaftsfreiheit als einen Prozess der Erweiterung von Teilhabe an Wissenschaft, und damit bedeutet Wissenschaftsfreiheit auch Ermöglichung: von Forschung, von Lehre und von Räumen kritischer Auseinandersetzung über das System Wissenschaft, dessen Funktionieren auch auf Diskriminierung, Prekarisierung und Ausschluss beruhe.

[Kijan Espahangizi](#) hat uns eine kurze Geschichte der Identitätspolitik erzählt und sich historisch an die Debatte um Wokeness und Cancel Culture angenähert. Der Begriff Identitätspolitik wurde in den 1970er Jahren in den USA geprägt. Er bezeichnet die Tatsache, dass Minderheiten sich Gehör verschaffen, in dem sie von ihren spezifischen Ausgrenzungserfahrungen durch die dominante «Mehrheit» ausgehen und ihre partikulare kollektive Identität politisch ins Zentrum stellen (Frauen, Lesben, Schwule, Ausländer, Behinderte, Jugendliche usw.). In den 1980er Jahre gewinnen verschiedene identitätspolitische Bewegungen an Fahrt und Einfluss: politisch (wachsende Sichtbarkeit von Minderheiten), kulturell (Anderssein wird attraktiv, Identität wird Modewort) wie auch sozialwissenschaftlich (wie werden Minderheiten konstruiert, unsichtbar gemacht, ausgegrenzt). Auch die sprachliche Konstruktion rückt in den Fokus. In den 1980er Jahren stellt sich auch die neokonservative Gegenbewegung neu auf, gegen den kulturellen Wandel nach 1968. Übrigens gerade auch an Hochschulen.

Die Identitätspolitik sei ein legitimes Mittel sich politisch Gehör zu verschaffen. Sie kann Motor für eine gesellschaftliche Demokratisierung sein (zum Wohle aller). Sie kann aber auch ins Fundamentalistisch-Identitäre kippen, wenn die eigene Identität absolut gesetzt wird (nur zum eigenen Wohle), wenn sie in allzu einfaches Freund-Feind-Denken umschlägt, wenn Verhältnisse einfach nur umgekehrt werden. Die ist sowohl rechts als auch links möglich.

Seit den 1990er Jahr, so Espahangizi, haben wir zwei parallele Entwicklungen: Zum einen die tendenzielle Öffnung westlicher Gesellschaften für identitätspolitische Anliegen (Gleichstellung, Antidiskriminierung, Teilhabe, Diversity) mit Vor- und Rückschritten sowie die Etablierung identitärer Pole, die sich gegenseitig als Feindbild brauchen und verstärken (neokonservativ / radikalidentitätspolitisch). Das wachsendes Krisen-Gefühl und die gesellschaftliche Unübersichtlichkeit bestärken das Bedürfnis nach Orientierung und

Community-Zugehörigkeit. Identitäre gewinnen an Einfluss auf Diskursebene: quasi-religiöse Glaubens-, Reinheits- & Erweckungslogiken. Die Ambiguitätstoleranz scheint zu schwinden.

#### **4. Extreme Gesinnungen und die Grenzen der Freiheit**

[Dirk Baier](#) hat in seinem Beitrag zunächst eine Einführung in den Extremismus gegeben. «Extremistisch» sind Bewegungen dann, wenn sie den demokratischen Verfassungsstaat, seine Grundwerte und Verfahrensregeln ablehnen und den Verfassungsstaat – mitunter auch unter Anwendung von Gewalt – überwinden wollen. Die Vorstellung der alternativen politischen Ordnung ist je nach Extremismus dann allerdings eine andere. Dirk Baier hat zwischen Rechtsextremismus, Linksextremismus und Islamistischem Extremismus differenziert. Es gibt verschiedene Modelle zur Erklärung der Entstehung dieser extremistischen Strömungen wie das «Four-Stage Model of the Terrorist Mindset» (Borum 2011), die «Significance Quest Theory» (Kruglanski et al. 2014) oder das «Eskalationsmodell-Zwiebelmuster» (Heitmeyer 2020).

Die Datenlage in der Schweiz verdeutlicht, dass die dem Nachrichtendienst des Bundes gemeldeten gewaltmotivierten Ereignisse von Linksextremisten deutlich ausgeprägter sind als solche von Rechtsextremisten – wobei sie seit 2016 relativ konstant sind. In die Statistik werden Ereignisse aufgenommen, bei denen ein eindeutiger Bezug zur gewalttätigen Extremistenszene (links und rechts) gegeben ist.

Als Ereignisse ohne Gewaltbezug gelten solche, bei denen zwar der Bezug zur gewalttätigen Szene gegeben ist, bei denen es aber nicht zu Gewalttaten kam. Konkret zählen hierzu beispielsweise Demonstrationen, für die bekannte gewalttätige Gruppen mobilisiert haben, sowie etwa Transparentaktionen, Gedenkanlässe oder Konzerte. Bezüglich der gewalttätigen Ereignisse werden sowohl Ereignisse mit physischer Gewalt als auch Sachbeschädigungen aufgenommen. Schmierereien sind davon jedoch ausgeschlossen.

Abschliessend ist Dirk Baier auf die Frage der Prävention eingegangen: Rechtsextremismus ist zunächst ein Persönlichkeitsphänomen (autoritäre Persönlichkeit). Die Prävention von Rechtsextremismus sollte daher am Individuum ansetzen. Dabei geht es primär darum, Pluralität und Toleranz zu vermitteln. Linksextremismus ist für jene Menschen attraktiv, die vom politischen System enttäuscht sind und sich von diesem nicht repräsentiert fühlen. Als präventive Massnahmen braucht es daher Teilhabe- und Mitsprachemöglichkeiten. Um die Bindung an das politische System zu steigern, muss die Erfahrung des Nutzens

demokratischer Prozesse in Schulen, Vereinen, Betrieben ermöglicht werden. Beim islamistischen Extremismus verstärkt der religiöse Exklusivitätsanspruch den Extremismus. Die Prävention muss in den muslimischen Gemeinden verankert werden und eine kritische Auseinandersetzung mit solchen Exklusivitätsvorstellungen ermöglichen.

Es braucht auch künftig eine Achtsamkeit gegenüber neuen Extremismus-Phänomenen. Gewaltaffine Subkulturen, die sich gegen die Demokratie richten, können in einer pluralisierten, teilweise auch polarisierten Gesellschaft auch neu entstehen. Die Demokratie darf also nicht als selbstverständlich verstanden werden, sondern muss auch an Hochschulen immer wieder aktiv unterstützt und gefördert werden.

[Gudrun Hentges und Georg Gläser](#) haben in ihrem Beitrag die politische und demokratische Bildung an Hochschulen vertieft. Im ersten Teil gab uns Gudrun Hentges einen Einblick in die historische Entwicklung der demokratischen Bildung an Hochschulen in Deutschland: Nach 1945 wurde durch die Besatzungsmächte in Deutschland an den Hochschulen mit dem Ziel einer nachhaltigen Demokratisierung die politische Bildung gefördert – und zwar nicht nur in den Sozialwissenschaften und damit fachspezifisch, sondern flächendeckend in allen Disziplinen. Diese «Reedukation» diente der tiefen Verankerung demokratischer Werte und Prinzipien bei den Studierenden und den künftigen Führungs- und Meinungsbildungskräften. In der Schweiz fand und findet dieses klare Bekenntnis zur Demokratisierung durch Hochschulbildung in diesem Ausmass nicht statt. Jedoch sind – so die These der Vortragenden – die Schweizer Studierenden durch die «gelebte» direkte Demokratie im Vergleich zu deutschen Studierenden vertrauter und selbstverständlicher im Umgang mit den demokratischen Prinzipien und Werten.

In der Schrift «Student und Politik» arbeiteten Jürgen Habermas und Kollegen im Jahr 1961 politische Habitustypen unter den Frankfurter Studierenden heraus und stellten fest, dass insgesamt 38 Prozent der befragten Studierenden als reflektierte Staatsbürger oder sogar als politisch engagiert eingeordnet werden können. Dieses für die Demokratie positive Ergebnis in den 60er Jahren wurde im Laufe der folgenden Jahrzehnte aufgebrochen. In den 90er Jahren fanden Alex Demirovic und Gerd Paul insgesamt 23 Prozent Neokonservative und Rechte unter den Studierenden, 30 Prozent der Studierenden waren für Autoritarismus anfällig oder sogar klar autoritär. Diese besorgniserregende Entwicklung zeigte sich auch in einer Studie zu diskriminierendem Denken unter Student:innen aus dem Jahr 2013 von der Universität Osnabrück: Unter den mehr als 7000 Befragten in zehn Ländern und an sechzehn

Hochschulen zeigte die Mehrheit menschenfeindliche Vorurteile gegen Muslime, Jüdinnen und Juden, Ausländer:innen und Homosexuelle. Neben gesamtgesellschaftlichen demokratiekritischen Entwicklungen sieht Gudrun Hentges im hochschulpolitischen Bereich einen Grund dieser Entwicklung in der Bolognareform 1999. Sie sorgte für einen tiefen Einschnitt in der Verankerung breiter politischer Bildung an Hochschulen, da die Studiengänge durch die Reform weniger frei in ihrer Gestaltung und entsprechend limitiert in der Einbindung auch politischer Inhalte wurden.

Nach dieser historischen Einbettung stellte Georg Gläser zwei Beispiele zum Umgang mit rechtsextremen Personen und rechtsextremen Äusserungen an deutschen Universitäten vor. Im ersten Fall ging es um einen bekennenden Rechtsradikalen, der an der Universität Bochum sein Jurastudium absolvierte. Da er sich im Kontext der Hochschule unpolitisch und unauffällig verhielt, konnte er sein Studium ohne Einschränkung absolvieren und abschliessen. Jedoch führte die Hochschule Veranstaltungen gegen Rechtsextremismus durch und versuchte so, auf die Gefahren antidemokratischen und rassistischen Gedankenguts aufmerksam zu machen. Im zweiten Fall handelte es sich um klar rechtsextreme und die Menschenwürde verletzende Äusserungen in hochschulinternen Chats an einer anderen Hochschule. Da sich die Person klar extremistisch äusserte und somit im Hochschulkontext handelte, wurde sie vom weiteren Studium ausgeschlossen. In beiden Beispielen war die Hochschule also Teil und Akteurin der Stadt- und Zivilgesellschaft und musste sich entsprechend aktiv für einen Umgang mit Rechtsextremismus entscheiden.

Für solche Fälle, in denen eine Hochschule mit extremistischen Einstellungen und Handlungen ihrer Angehörigen konfrontiert wird – und das können sowohl Studierende als auch Mitarbeitende sein – gibt Georg Gläser einige Ratschläge für Handlungsstrategien: In jedem Fall sollten alle extremistischen und demokratiefeindlichen Signale ernst genommen und frühzeitig Expert:innen mit einbezogen werden. Andernfalls drohe die Dynamik zu entgleiten, die Hochschule könne bei zu später Reaktion stark unter Druck geraten und nicht mehr mit der nötigen Reflexion und mit Bedacht agieren. Ein Leitbild und eine Hochschulstrategie, die klar und explizit die demokratischen Werte und die Menschenwürde betone, könne darüber hinaus die Haltung der Hochschule auch bei entsprechenden Massnahmen gegen extremistisches Verhalten legitimieren und stützen. Auch ein Code of Conduct, den die Studierenden und Mitarbeitenden durch ihre Zugehörigkeit zur Hochschule akzeptieren müssen, könne Menschenwürde und die inklusiven Werte der Hochschule noch

stärker bei allen Hochschulangehörigen verankern. Zudem könnte auf Verstösse gegen den Code of Conduct besser von der Hochschule mit Massnahmen reagiert werden.

Resümierend betonen die beiden Vortragenden, dass sowohl die breite, disziplinenübergreifende politische Bildung aller Studierenden als auch die klare Positionierung der Hochschule als «Demokratische Hochschule» in ihrem Leitbild, ihrer Strategie und in Veranstaltungen ihre zivilgesellschaftliche, demokratieunterstützende und -fördernde Rolle stärken und so extremistischen Kräften systematisch entgegengewirkt werden kann.

### **5. Ethisches Handeln an einer Hochschule – Individuelle oder institutionelle Verantwortung?**

Schliesslich sind wir der Frage auf die Spur gegangen, ob ethisches Handeln an einer Hochschule eigentlich eine individuelle oder eine institutionelle Verantwortung ist bzw. wo welche Verantwortung liegt.

[Kathrin von Allmen](#) hat uns eine philosophische Einführung in das Thema gegeben. Sie differenzierte zwischen moralischer, kausaler, politischer und rechtlicher Verantwortung, zwischen Ergebnis- und Rollenverantwortung und stellte uns das «Social Connection Model» der Verantwortung vor. Das Modell wurde von der politischen Philosophin Iris Marion Young entwickelt. Es handelt sich um einen theoretischen Rahmen, der sich mit sozialer Gerechtigkeit, Unterdrückung und politischer Teilhabe befasst.

Iris Marion Young (2011) argumentiert, dass Unterdrückung und Ungerechtigkeit oft durch strukturelle Barrieren und Ungleichheiten entstehen, die bestimmte Gruppen von Menschen marginalisieren und ausschliessen. Individuen haben in ihrem Modell daher nur eine limitierte moralische Verantwortung. Young betont gegenüber der individuell-moralischen Verantwortung die politische Verantwortung bzw. die geteilte, kollektive Verantwortung, um gerechtere Strukturen zu schaffen. Die individuelle politische Verantwortung wäre dann jene, sich kollektiv zu organisieren, um gerechtere Strukturen zu schaffen und ungerechte Prozesse z.B. auf institutioneller Ebene zu ändern.

Während Kathrin von Allmen die kollektive Verantwortung von Individuen betont, weist [Bernd Kleimann](#) auf die Wichtigkeit der Institutionalisierung von Rahmenbedingungen für moralisches Handeln in der Hochschulorganisation hin. Anhand eines systemtheoretischen Modells erläutert er die Konflikte, die hinsichtlich der ethischen Verantwortung in einer

Organisation auftreten. So konfliktieren z.B. auf der formalen Seite der Organisation Regeln mit gelebten Routinen, oder bei den Konditionalprogrammen z.B. die Forschungsziele (akademische Vernetzung und Zusammenarbeit) mit den Organisationszielen (Senkung der Flugreisen). Anhand verschiedener Beispiele zeigt Bernd Kleimann auf, welche Initiativen auf Ebene der Hochschulen unternommen werden. Er kommt zum Schluss, dass Hochschulen als Organisationen nicht über die Disposition und Motivation ihrer Mitglieder zu moralisch gutem Handeln bestimmen können. Vielmehr benötigt es eine Institutionalisierung von Rahmenbedingungen für moralisches Handeln in der Hochschulorganisation über die Gestaltung der Organisationsstrukturen, durch die dann wiederum das individuelle und informelle moralische Handeln der Mitarbeitenden und Studierenden befördert wird. Individuelle und institutionelle Verantwortung schliessen sich demnach nicht aus und sind keine Gegensätze – vielmehr befördern sie sich gegenseitig.

[Urs Hilber](#) fokussiert das Beispiel «Nachhaltige Entwicklung». Wie können wir die ZHAW nachhaltiger machen? Bei wem liegt die Verantwortung? Auch er betont die kollektive Verantwortungsübernahme, stellt aber gleichzeitig fest, wie anspruchsvoll Community-Building ist. Es bräuchte mehr kollektiven Druck auf die Hochschule, um nachhaltiges Handeln institutionell zu verankern. Dabei stellt sich die Frage, welche Rahmenbedingungen überhaupt Communitybuilding begünstigen.

## **6. Plädoyer für eine institutionelle Wende der ethischen Verantwortung**

Uns scheint eine institutionelle Wende der ethischen Verantwortung unverzichtbar. Entwicklungen, Herausforderungen und existenzielle Probleme, die einen ethischen Diskurs und ethisches Handeln erfordern, sind zunehmend als strukturelle Krisen bzw. Katastrophen vorhanden: Klimakrise, Hungerkrise, Migrationskrise, Epidemische Krise, Schuldenkrise, Kriege, Inflation und Stagflation aber auch die noch unbekannteren kommenden Krisen – z.B. ausgehend von der künstlichen Intelligenz. Die Krisen existieren nicht einfach nebeneinander, sondern beeinflussen sich gegenseitig und stehen zueinander in Relation. Edgar Morin nennt diese verbundene Krisenvielfalt die «Polykrise». Es stellen sich heute noch akzentuierter als früher Aufgaben von derartiger Grösse und Komplexität, dass diese nicht mehr von individuellen Akteur:innen mit intrinsischer Motivation zu bewältigen sind. Wir haben uns Aufgaben aufgebürdet, die eine Kooperation über Länder, Institutionen und Akteur:innen sowie über viele Generationen hinweg erfordern. Daher tragen auch zunehmend Institutionen und Organisationen und nicht (nur) Individuen eine ethische Verantwortung. Bisher aber

wurde unseres Erachtens die individuelle Verantwortung über- und die institutionelle Verantwortung unterschätzt ([Wilhelm 2019](#)).

Wir brauchen eine institutionelle Wende der ethischen Verantwortung. Das gilt allgemein. Das gilt aber auch für das System der Wissenschaft und ihre Institutionen. Auch das Verhalten von Wissenschaftler:innen unterliegt bisher weitgehend einem individualethischen Ansatz intrinsischer Motivation ethisch korrekten Verhaltens. Eine normative Ergänzung der wissenschaftlichen Selbstkontrolle und Selbstregulierung scheint jedoch in Anbetracht der Herausforderungen unumgänglich (zur institutionellen Verantwortung vgl. auch French 1979 und 1995, Jansen 2014; zur Systemverantwortung vgl. Heidbrink 2012). Der ursprünglich am Personenmodell ausgerichtete Begriff der ethischen Verantwortung muss durch ein systemisches Verständnis ethischer Verantwortung erweitert werden, durch das sich Institutionen und Organisationen als responsive Systeme innerhalb eines Netzwerkes begreifen und adressieren lassen.

Aber was bedeutet eine institutionelle Wende der ethischen Verantwortung? Es geht z.B. um die Gründung von Gruppen und Institutionen, die sich solcher nur kollektiv lösbarer Aufgaben annehmen. Das scheint ein moralischer Imperativ unserer Zeit (Jansen 2014). Die Schaffung von Institutionen, die soziales Handeln sowohl beschränken als auch ermöglichen, ist eine Reaktion auf die immer komplexer werdenden Aufgaben. Eine institutionelle ethische Verantwortung ist eine Verantwortung ohne Schuldzuweisung, um die anstehenden ethischen Fragen kollektiv anzugehen. Sie ist in Anlehnung an Iris Marion Young vorwärts- und nicht rückwärtsgewandt und basiert auf Regeln, die für alle dauerhaft und nachvollziehbar sind. Insofern greift unseres Erachtens ein Ethikausschuss an der ZHAW nicht aus, der sich vorwiegend mit forschungsethischen Fragen zu Forschung mit und über Menschen auf freiwilliger Basis befasst. Wir brauchen eine vertiefte Auseinandersetzung mit den anstehenden ethischen Fragen.

Es ist derzeit Mode, unethisches Verhalten und darunter vor allem das Plagiiere zu entlarven und an den Pranger zu stellen. Natürlich ist Plagiiere inakzeptabel. Aber diese Fokussierung auf das individuelle Fehlverhalten lenkt ab von der ethischen Verantwortung der Institutionen und den eigentlichen ethischen Fragen. Durch die institutionelle Wende wird der Blick nicht nur auf das individuelle Fehlverhalten gelegt, sondern auf Anreiz- und Regelungsstrukturen, die solches Handeln befördern. Dies kann auch innovationsfördernd wirken, weil Individuen

genau wissen, woran sie sich halten müssen und nicht eine Selbstzensur aufgrund der Angst vor falschem Handeln befördert wird.

Wenn sich die ZHAW um den Umgang der Studierenden mit ChatGPT kümmert und entsprechende Regeln erlässt, ist das natürlich richtig und wichtig, aber dennoch eher ein Nebengleis. Mit der generischen künstlichen Intelligenz kommen weit andere ethische Fragen auf uns zu. Sprachmodelle können Texte losgelöst von jeglichen Fakten produzieren und könnten so Demokratien untergraben. Individuen je einzeln die ethische Verantwortung im Umgang damit aufzubürden, ist überfordernd.

Es wäre allerdings ein Irrtum anzunehmen, dass durch die Zuweisung von Verantwortung für die Gewährleistung grosser, komplexer oder langfristiger Aufgaben an Kollektive oder Institutionen die Individuen aus der Verantwortung für diese Aufgaben entlassen seien. Das ist schon deshalb nicht möglich, weil Institutionen ja nur durch individuelle oder kollektive Akteur:innen entscheiden und handeln können. Institutionen sind aber Mechanismen der Zuweisung von Rollen und Aufgaben an Individuen und können und müssen definieren, wer welchen Beitrag zu einer komplexen Handlung ausführen soll. Dadurch können die zu lösenden ethischen Aufgaben über längere Zeit bearbeitet und gelöst werden. Es werden Routinen geschaffen, die soziale Stabilität und Orientierung erzeugen (Jansen 2014).

Eine konsequente und vollumfängliche Gesellschaftsorientierung der Bildung und Forschung an Hochschulen bedingt, dass Ethik nicht als «Fremdkörper» oder Zusatzaspekt verstanden wird, sondern als ein zentrales und selbstverständliches Element jedes Handelns und jedes Prozesses an Hochschulen, das fest im Regelsystem der Hochschulen integriert sein sollte. Ethik wird so nicht als Teil einer eigenen «Third Mission», sondern als integraler Bestandteil der Handlungen an Hochschulen verstanden (zur Definition von «Third Mission» siehe auch Henke, Pasternack & Schmid 2016). Das Zusammenspiel von individueller und fest etablierter institutioneller ethischer Verantwortung erscheint uns für das Gelingen einer selbstverständlichen und systematischen Ausbildung und Stärkung von kritischer Selbstreflexion bei den Forschenden, bei den Lehrenden und bei den Studierenden, aber auch innerhalb der Organisation und ihrer Einheiten unabdingbar. Wir müssen uns daher an der ZHAW noch intensiver und gemeinsam mit den anstehenden ethischen Fragen und Entscheiden befassen.

## Quellen

- Borum, Randy (2011). Radicalization into Violent Extremism I. A Review of Social Science Theories. In: *Journal of Strategic Security* 4(4), S. 7-36.
- French, Peter A. (1995). *Corporate ethics*. Fort Worth, Harcourt Brace College Publishers.
- French, Peter. A. (1979). The corporation as a moral person. In: *American Philosophical Quarterly* 16(3), S. 207-215.
- Heidbrink, Ludger (2012). Unternehmen als politische Akteure. Eine Ortsbestimmung zwischen Ordnungsverantwortung und Systemverantwortung. In: Lenel, Hans O., Apolte, Thomas, Berthold, Norbert, Fuest, Clemens, Hamm, Walter, Kerber, Wolfgang, Leschke, Martin, Mestmäcker, Ernst J., Möschel, Wernhard, Molsberger, Josef, Müller, Christian, Oberender, Peter, Pies, Ingo, Sally, Razeen, Schüller, Alfred, Vanberg, Viktor, Watrin, Christian & Willgerodt, Hans (Hrsg.). *ORDO 63: Jahrbuch für die Ordnung von Wirtschaft und Gesellschaft*. Berlin, Boston: De Gruyter: Oldenbourg, S. 203-232.  
<https://doi.org/10.1515/9783828260214>
- Heitmeyer, Wilhelm (2020). *Autoritäre Versuchungen*. Vierte Auflage. Berlin: Edition Suhrkamp.
- Henke, Justus, Pasternack, Peer & Schmid, Sarah (2016). Third Mission von Hochschulen. Eine Definition. In: *Das Hochschulwesen* 64(1+2), S. 16-22.
- Jansen, Ludger (2014). A Plural Subject Approach to the Responsibilities of Groups and Institutions. In: *Midwest Studies in Philosophy* 38, S. 91-102.  
<https://doi.org/10.1111/misp.12018>
- Kahneman, Daniel, Sibony, Olivier & Sunstein, Cass R. (2021). *Noise: Was unsere Entscheidungen verzerrt und wie wir sie verbessern können*. München: Siedler Verlag.
- Kruglanski, Arie W., Gelfand, Michele J., Bélanger, Jocelyn J., Sheveland, Anna, Hetiarachchi, Malkanthi & Gunaratna, Rohan (2014). The Psychology of Radicalization and Deradicalization: How Significance Quest Impacts Violent Extremism. In: *Political Psychology*, 35(Suppl 1), S. 69-93.
- Traunmüller, Richard (2023). Testing the ‘Campus Cancel Culture’ Hypothesis (March 18, 2023). Available at SSRN: <https://ssrn.com/abstract=4392840> or <http://dx.doi.org/10.2139/ssrn.4392840>
- Van Damme, Dirk & Doris Zahner (Hrsg.) (2022). *Does Higher Education Teach Students to Think Critically?*, OECD Publishing: Paris. <https://doi.org/10.1787/cc9fa6aa-en>.
- Wilhelm, Elena (2019). Aufklärung und Wissenschaft in der Krise: Wiederbelebung der Religionen? In: *Wissenschaftsmanagement – Zeitschrift für Innovation* 24(1), S. 141-148.
- Young, Iris M. (2011). *Responsibility for Justice*. Oxford: University Press.